



Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Motion Sylvie Bonvin-Sansonnens / Simon Bischof

2016-GC-124

Standesinitiative – Transparenz und Mitfinanzierung von Poststellen

I. Zusammenfassung der Motion

Mit der am 19. Oktober 2016 eingereichten und begründeten Motion verlangen Grossrätin Sylvie Bonvin-Sansonnens und Grossrat Simon Bischof, dass der Kanton Freiburg im Bundesparlament eine Standesinitiative für eine Änderung der Postverordnung einreicht. Die Verfasser der Motion möchten, dass Gemeinden, deren Poststellen wegen mangelnder Rentabilität gefährdet sind, einen finanziellen Beitrag leisten können, um ein allfälliges Defizit der Poststelle zu decken.

II. Antwort des Staatsrats

Der Staatsrat verfolgt die Strategie der Post sehr aufmerksam. Zwei Punkte hält er für besonders wichtig:

Erstens muss die postalische Grundversorgung gemäss Verfassungsauftrag gewährleistet werden. Jede Person muss unabhängig von ihrem Wohnort Zugang zu den Postdienstleistungen erhalten. Dies ist ein wichtiger Punkt unseres föderalistischen Systems für das Gleichgewicht zwischen den Regionen. Es ist möglich, dass Poststellen durch Postagenturen ersetzt werden. Der Staatsrat verlangt aber, dass in allen Freiburger Gemeinden unabhängig von ihrer Grösse und geografischen Lage ein angemessener Zugang zu den Postdienstleistungen gewährleistet wird. Er erwartet, dass die Post diesen Punkt ausdrücklich garantiert.

Zweitens erwartet der Staatsrat von der Post, dass sie bei den Umstrukturierungen alles daran setzt, um Entlassungen zu vermeiden. Dies haben die Vertreter der Post auch immer wieder zugesichert. Der Staatsrat erwartet, dass die Post ihr Versprechen einhalten wird.

III. Schluss

Dies vorausgeschickt, begrüsst der Staatsrat alle Bemühungen, die darauf abzielen, die postalische Grundversorgung zu gewährleisten, und unterstützt sie mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln.

Der Staatsrat empfiehlt deshalb dem Grossen Rat, die Motion anzunehmen.

7. März 2017